

Stellungnahme der *Publizistik* zum Offenen Brief

In Heft 1/2021 und seit Dezember 2020 „online first“ (<https://www.springer.com/journal/11616>) findet sich im „Forum“ der *Publizistik* der Beitrag „Genderstern und Binnen-I. Zu falscher Symbolpolitik in Zeiten zunehmenden Illiberalismus“ von Rudolf Stöber. Dieser Meinungsbeitrag hat bei vielen Leserinnen und Lesern erhebliche Empörung ausgelöst, ebenso wie die Tatsache, dass das Herausgeberteam der *Publizistik* einmütig für die Publikation votiert hat. Dies geschah in der Erwartung, dass der Text Widerspruch provozieren muss und nicht ohne Entgegnung bleiben kann. In einem mittlerweile von sehr vielen Kolleg*innen unterzeichneten Offenen Brief wird unsere Entscheidung als „redaktionelles Versagen“ angeprangert, weil wir mit dem Beitrag Stöbers „einer Polemik Raum und Bühne gegeben [hätten], die unter dem Niveau einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift liegt, die durch Mitgliedsbeiträge der DGPK finanziell unterstützt wird“.

Wir begrüßen die Möglichkeit, auch an dieser Stelle zum Offenen Brief Stellung zu nehmen, und hoffen, unsere Entscheidung verständlicher und unsere Position deutlicher machen zu können. Sie ergänzen die redaktionellen Vorbemerkungen, die im aktuellen Heft der *Publizistik* erscheinen.

Stöbers Beitrag ist in der Rubrik „Forum“ erschienen, die wir seit rund fünf Jahren als Publikationsort für fachlich relevante Debatten bieten und die an die jahrzehntelange Tradition der – eher monologisch angelegten – Gastkolumnen anschließt. Bei den „Forum“-Beiträgen handelt es sich nicht um wissenschaftliche Aufsätze aus der Forschung, die dem *double-blind peer review* und den auch von DGPK-Tagungen bekannten wissenschaftlichen Beurteilungskriterien unterliegen. „Forum“-Beiträge stellen namentlich gekennzeichnete Meinungsbeträge von Fachkolleg*innen – und nicht zwingend die Meinung von (allen) Herausgeber*innen – dar. In den Debattenbeiträgen werden für die Kommunikationswissenschaft relevante und aktuelle gesellschaftliche Fragen (beispielsweise „Digitalisierung“ und Kommunikationswissenschaft in „datengetriebenen Zeiten“) oder Fragen der internen Fachentwicklung und -politik (etwa zum Stellenwert der Mediensystemforschung) aufgegriffen. Es soll dabei argumentativ Bezug auf kommunikationswissenschaftliche Befunde und Fragen genommen und eine begründete eigene Meinung vertreten werden, die Anstoß für weitere, wo nötig auch kontroverse, Beiträge gibt. Wir möchten mit dieser für wissenschaftliche Fachzeitschriften eher ungewöhnlichen, in der *Publizistik* aber institutionalisierten Form Gelegenheit zu ausführlicheren Selbstverständnisdebatten leisten, wie sie z.B. in AVISO oder eben in der klassischen Form von Forschungsartikeln nicht geführt werden können. Weil wir uns hierbei in einer Moderationsfunktion sehen und uns der aktiven Sicherung von Meinungsfreiheit und -vielfalt verpflichtet fühlen, laden wir parallel zur Entscheidung für die Publikation eines Beitrags dazu ein, Repliken zu verfassen, die online bzw. im folgenden Heft der *Publizistik* erscheinen.

In diesem Sinne sind wir auch mit Rudolf Stöbers Beitrag verfahren, den wir als legitime Meinungsäußerung zu einer aktuellen und fachlich relevanten Frage betrachten. Die von ihm durchaus polemisch vertretene Position und seine Argumentation zu zentralen kommunikationsethischen und -politischen Fragen halten wir für kommunikationswissenschaftlich kritisierbar, und diese Kritik haben wir erwartet und gewünscht. Um sicherzustellen, dass zeitnah Widerspruch artikuliert wird, hatten wir von den Sprecherinnen der Fachgruppe Medien, Öffentlichkeit und Geschlecht die Zusage für eine Replik eingeholt. Diese ist zurückgezogen worden mit der Begründung, der Beitrag sei nicht geeignet, eine Debatte zu eröffnen. Auch unser Angebot, die Absage in einem kurzen Statement für den Abdruck in der *Publizistik* zu begründen, um diese Diskussion öffentlich zu führen, wurde leider ausgeschlagen. Wir bedauern, dass es ihnen und anderen von uns angefragten Kolleg*innen nicht möglich war, auf den Beitrag im Rahmen des *Publizistik*-Forums zu reagieren.

Den nun vorliegenden Offenen Brief verstehen wir dennoch als einen Ausdruck des kritischen Interesses an der *Publizistik*, die auf vielfältige Weise mit der kommunikationswissenschaftlichen Fachgemeinschaft verbunden ist. Zugleich machen der Offene Brief sowie die diversen Wortmeldungen, die uns von Kolleg*innen erreicht haben, deutlich, dass die Erwartungen an die Form und die Themen des Meinungsforums der *Publizistik* auseinandergehen.

Der Offene Brief hebt in Gestalt einzelner Zitate die polemischen Zuspitzungen des Beitrags von Rudolf Stöber hervor, ohne sich inhaltlich mit dem Beitrag eingehender auseinanderzusetzen. Gern sind wir bereit darüber zu diskutieren, ob hier tatsächlich ein „redaktionelles Versagen“ der *Publizistik*-Herausgeber*innen vorliegt oder nicht und ob es des finanziellen Drucks der DGPK bedarf, um eine „Kultur wissenschaftlicher Zusammenarbeit“ zu gewährleisten. Wir hoffen, der jetzt angestoßene Gesprächsprozess kann hierzu einen Weg bahnen.

Zu den im Offenen Brief erhobenen Vorwürfen gegenüber der *Publizistik* wollen wir Folgendes zu bedenken geben:

- Die Meinungsbeiträge des „Forums“ sind keine wissenschaftlichen Forschungsaufsätze. Selbstverständlich müssen auch „Forum“-Beiträge wissenschaftliche Argumente und fachliche Bezüge aufweisen, und selbstverständlich unterliegen sie den presserechtlichen und medienethischen Standards. Aus unserer Sicht werden im Beitrag „Genderstern und Binnen-I“ zwar bestimmte Praktiken des Genderns in zugespitzter Weise kritisiert, und Rudolf Stöber formuliert Thesen, die mit Argumenten bestritten werden können. Er stellt aber explizit klar, dass es ihm nicht um die Diffamierung von Menschen geht, die Texte gendern. Der Autor nimmt Bezug auf linguistische und kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse, und er wägt Gegenargumente ab. Auch der abschließende Vorschlag Stöbers für weitere kommunikationswissenschaftliche Forschung unterstreicht den Fachbezug sowie die Tatsache, dass es hier nicht bloß um ein allgemeines politisches Statement geht. Es können – und sollten in Gestalt von Repliken – Gegenargumente und kommunikationswissenschaftliche Befunde gegen die in seinem Beitrag vertretenen Ansichten formuliert werden. Aus unserer Sicht stellt der Beitrag damit eine legitime Meinungsäußerung dar, weil durchaus diskursiv an ihn angeschlossen werden kann. Auch die als polemisch abgelehnte sprachliche Form des Beitrags lässt sich kritisieren, und auch dafür kann das „Forum“ der *Publizistik* ein geeigneter Ort sein. Der gegen uns im Offenen Brief erhobene Vorwurf des „redaktionellen Versagens“ und die zugrunde gelegten Maßstäbe tragen also weder Textsorte noch Rubrik angemessen Rechnung. Unabhängig davon, ob man die von Rudolf Stöber vertretene Meinung teilt oder nicht, gibt es nach unserem Verständnis von Kommunikationsfreiheit keinen Grund, den Artikel nicht zur Diskussion zu stellen. Als Mittel der Auseinandersetzung sollten die Repliken dienen und nicht die Entscheidung der Herausgeber*innen, den Beitrag erst gar nicht zu publizieren.
- Im Offenen Brief wird der DGPK-Vorstand (und nicht der Ethik-Ausschuss) als Appellations-Instanz angerufen. Es schwingt zumindest mit, dass man aufgrund der Finanzierung über den DGPK-Beitrag die publizistische Unabhängigkeit der Zeitschrift infrage stellen könnte oder gar möchte. Wir halten das für eine fragwürdige, und das heißt eben auch diskussionswürdige Interpretation publizistischer Freiheit. Zudem war und ist die *Publizistik* nie eine Mitgliederzeitschrift der DGPK gewesen. Vor rund 15 Jahren haben DGPK und Verlag, übrigens ohne Zutun und lange Zeit ohne Wissen der Herausgeber*innen, einen Vertrag über die Abnahme einer Teilaufgabe der *Publizistik* abgeschlossen. Dabei wurde die Unabhängigkeit des Herausgeber*innen-Gremiums sehr bewusst nicht angetastet. Seit einigen Monaten erscheint die *Publizistik* als Open Access-Zeitschrift unter dem DEAL-Abkommen, so übrigens auch der Beitrag von Rudolf Stöber, dessen Publikation nicht aus den DGPK-Abonnements finanziert wurde. Wir haben dem

DGPuK-Vorstand empfohlen, den bestehenden Vertrag mit Springer Nature zu kündigen, nicht zuletzt um die Unabhängigkeit von Fachzeitschrift und Fachgesellschaft zu stärken. Das ändert natürlich nichts an **unserer** Verbundenheit mit Fachgemeinschaft und Fachgesellschaft, der wir individuell alle angehören. Wie eingangs bereits formuliert, begrüßen wir die diskursive Auseinandersetzung über die Grenzen der Kommunikationsfreiheit in wissenschaftlichen Publikationen und danken dem DGPuK-Vorstand, wenn er hier eine moderierende Rolle einnimmt.

- Über all dem sollten wir die inhaltliche Frage nicht aus dem Blick verlieren: Was kann und soll die Kommunikationswissenschaft an fachlichen Argumenten zur öffentlichen Debatte über Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in Medien und Gesellschaft beitragen?

Die Herausgeberinnen und Herausgeber der Publizistik